Hundsfelder Stadtblatt.

Mit den amtlichen Bekanntmachungen.

Nicht Blatt erscheint Sonntag und Mittwoch früh.
Preis mit Bringen monatlich 1.— Mk., vierteljährlich 3.— Mk.
Postabonnement vierteljährlich 3.— Mk., zuzüglich Postgebühr und Bestellgeld

Zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung
für Hundsfeld, Bartern u. Umgegend.
Fernsprecher Nr. 44.

Insertionsgebühr für die einspaltige Millimeterzeile 60 Pfg. Inserate werden bis Dienstag bezw. Freitag nachm. 4 Uhr in der Geschäftsstelle Breslauerstraße 28 angenommen.

Nr. 96. Sonntag, den 28. November 1920 16. Jahrg.

Autonomie für Oberschlesien

Annahme der Vorlage im Reichstag.

Berlin, 15. November. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die wiederum mäßig besucht war, stand an erster Stelle eine Interpellation Trimborn, (Zentrum), die gegen Aeußerungen des Direktors der Reichsgetreidestelle v. Falkenhayn Einspruch erhebt. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die eingeleitete Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Sobald ihr Ergebnis feststeht, wird die Interpekation beantwortet werden, voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche. Hierauf ging man über zu der zweiten

Lesung des Gesetzentwurfes.

Der Reichskanzler leitete die Verhandlungen mit einer kurzen Rede ein. Im Artikel 88 des Friedensvertrages, so erklärte er, werden in einem großen Teil Oberschlesiens die Bewohner berufen, im Wege der Abstimmung anzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen.

Der Tag dieser Abstimmung rückt nahe heran. Zuverlässige Nachrichten über den genauen Termin besitzen wir noch nicht, aber es ist möglich, daß die Abstimmung noch im Laufe des Monat Januar stattfinden wird. Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, von welcher Bedeutung die Abstimmung für das Deutsche Reich sein wird.

Es ist zum Gesamtbewußtsein des deutschen Volkes geworden, daß Deutschland ohne Oberschlesien, ohne seine großen Bodenschätze kaum zu leben vermag, daß es jedenfalls nicht imstande ist, den Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, wenn Oberschlesien vom deutschen Reiche losgerissen wird. Es ist bei dieser ungemeinen Wichtigkeit der Abstimmung begreiflich, daß sich die beiden interessierten Staaten, Polen und Deutschland, mit der größten Lebhaftigkeit um die Frage der Abstimmung bemühen, und auf sie in ihrem Sinne einzuwirken versuchen. Soweit das von seiten der Polen mit erlaubten und anständigen Mitteln geschieht, werden wir dagegen nichts einzuwenden haben. Wenn es aber, wie feststeht, die Tatsachen sind ja bekannt, mit

den allerverwerflichsten Mitteln des Terrors

geschieht, eines Terrors, der sich schließlich zu Mordtaten verdichtet, der nicht vor der Heuchelei zurückschreckt, die Urheberschaft dieser Mordtaten auf eine ganz unschuldige Seite, auf unsere Seite, zu lenken, dann können wir nur das im höchsten Grade bedauern und als verwerflich bezeichnen. Polen hat auch ein Autonomiegesetz erlassen für die Oberschlesier.

Oberschlesiens Pflicht gegenüber dem Reich.

Es ist nun ganz klar, fuhr der Kanzler fort, daß, so wichtig die Frage der Autonomie für ein Land ist, damit die Hauptfrage noch nicht entschieden ist, und für einen rechtlich abwägenden Bürger dürfte sich die Wahl doch einfach gestalten.

Für die Zugehörigkeit zu einem Reich, das, wenn man in Oberschlesien auch glaubt, Anlaß zu Beschwerden auf verschiedenen Gebieten in der Vergangenheit gehabt zu haben, doch für sich in Anspruch nehmen kann, Oberschlesien auf eine ungeahnte wirtschaftliche und kulturelle Höhe gebracht zu haben; ein Reich, das, trotz der Nöte der Gegenwart, doch verspricht, in Zukunft geordnete Zustände in Oberschlesien zu wahren, ein Reich, das dort eine soziale Gesetzgebung eingeführt hat, mit der die konkurrierende Nachbarschaft niemals wird rivalisieren können, in der Wohlfahrtseinrichtungen getroffen sind zugunsten der Minderbemittelten der Arbeiterbevölkerung, die eine Nachahmung von seiten der Polen kaum erlangen können.

Auf der andern Seite ein Staat, der überwiegend erst in der Entwicklung begriffen ist, der nach der Art seiner Zusammensetzung bei den unruhigen Bestandteilen seiner Bevölkerung kaum eine geordnete ruhige Staatsführung darin führen kann, in dem die Grundlagen für die kulturelle und wirtschaftliche Höhe, die durch das Deutsche Reich schon geschaffen worden ist, vorläufig jedenfalls für absehbare Zeit überhaupt fehlen. Aber die Frage der Autonomie ist nun einmal in die Menge geworfen worden. Sie ist etwas Faszinierendes geworden, sie wird für die Abstimmung in Oberschlesien von maßgebenden Einfluß sein, und es ist ja auch richtig und anzuerkennen, daß Oberschlesien sowohl nach der Zusammensetzung seiner Bevölkerung wie auch nach seiner industriellen Entwicklung sich als ein Gebiet darstellt, in dem eine bestimmte Eigenart sich ausgeprägt hat und da nach eine bestimmten Ausgestaltung ihrer Eigenart verlangt. Im normalen Gang der Dinge hätte der Artikel 18 der Reichsverfassung genügt, aber durch die Art der Gegenseite ist jetzt die

Frage der Autonomie

zu einem entscheidenden Faktor bei der Abstimmung geworden. Es hat sich nun gezeigt, daß sich die verschiedenen Elemente alle vereinigt haben, im Sinne der Lösung der Autonomiefrage nach dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf. Es ist durchaus begreiflich, daß der preußische Staat, daß die Parteien mit großen Sorgen an diese Autonomie denken, vom Standpunkte des Reiches, vom Standpunkte des Staates Preußen als auch vom oberschlesischen Standpunkte aus, aber die Entwicklung ist derartig geworden, daß sich nun jetzt alle Teile, ich will wenigstens sagen der ganz überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung, für die Lösung der Autonomiefrage im Sinne der Regierungsvorlage einsetzt. Aufgabe der interalliierten Kommission Oberschlesiens — über ihr Verhalten in der vergangenen Zeit will ich mich hier eines Urteils enthalten — wird es sein für eine Abstimmung frei von allen Drohungen, frei von allem Terror zu sorgen. Das ist nun der erste Fall, wo die Neugliederung des Reiches in einem Teile sich vollzieht. Ich wäre Ihnen dankbar und bitte Sie herzlich darum, eine allgemeine Debatte über die Neugliederung des Reiches auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, die ja an sich naheliegt, am heutigen Tage zu vermeiden. Sie könnte der oberschlesischen Frage schädlich sein, und wir müssen alles vermeiden, um irgend einen Schaden hervorzurufen. Von unseren oberschlesischen Landsleuten erwarten und hoffen wir, daß sie in dieser Regierungsvorlage einen Weg erblicken, der geeignet ist, alle Steine aus dem Wege zu rollen und ihre unerschütterliche Zugehörigkeit zum Reiche festzulegen. Wir haben auch die feste Zuversicht, daß unsere oberschlesischen Volksgenossen, die in den schweren Tagen der Besetzung die Treue zum alten Vaterlande bewahrt haben, diese auch am Tage der Abstimmung beweisen werden.

Diese Ausführungen des Reichskanzlers wurden wiederholt von lebhaftem Beifall begleitet.

Die Aussprache im Hause.

Der Abg. **Pohlmann** (Dem.) berichtete über die Ausschußverhandlungen.

Abg. **Schulz-Bromberg** (Deutschnatl.) gab im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es hieß: Wir vermögen dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht zu erteilen. Die Ansicht, daß durch diese Gewährung der bundesstaatlichen Selbständigkeit das Ergebnis der Abstimmung Oberschlesiens über seine Zugehörigkeit zu Deutschland günstig beeinflußt werden könnte, halten wir für irrig. Darüber hinaus bringt die Vorlage die unmittelbare Gefahr mit sich, daß sie zum

Signal für die Aufteilung des preußischen Staates

wird. Zu solchem verhängnisvollen Tun reichen wir nicht unsere Hand.

Abg. **Okonsky** (Soz.): Der oberschlesische Arbeiter, betonte er, ist unter allen Umständen beim deutschen Reiche besser aufgehoben als bei Polen. Darum werden wir für das Gesetz stimmen, wenn uns auch dieser Entschluß nicht leicht geworden ist.

Abg. **von Kardoff** (Deutsche Volksp.) betonte, das Verbleiben beim Reiche ist auch eine Lebensfrage für Oberschlesien selbst. Dieses Gesetz wird die Abstimmung nicht ungünstig, wahrscheinlich aber günstig beeinflussen. Deshalb nehmen wir es an.

Abg. **Ledebour** (U. Soz., rechts) trat ebenfalls für das Gesetz ein, weil Oberschlesien dem Reiche erhalten bleiben müsse.

Abg. **Leicht** (Bayer. Vp.) sprach sich für, Abg. **Levi** (Kommunist) gegen die Vorlage aus.

Die Vorlage wurde alsdann mit großer Mehrheit — dagegen stimmten nur die Deutschnationalen und die äußerste Linke — in zweiter Lesung, ebenso sofort nachher in dritter Lesung angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— **257 Millionen Dollar für die amerikanische Besatzung.** Nach dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs betragen die bisherigen Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland 257 Millionen Dollar. Hiervon hat Deutschland nach dem gleichen Bericht bis jetzt erst 32,5 Millionen Mark bezahlt. Die Zahlen stimmen mit den hier schon früher bekanntgewordenen im wesentlichen überein. Sie beweisen von neuem, daß die bisher durch die Alliierten bei Deutschland angeforderten Vorschüsse zur Deckung der wirklich entstandenen Besatzungskosten bei weitem nicht ausreichen, und daß die von Deutschland bisher geleisteten Zahlungen kein zutreffendes Bild von den ungeheuren finanziellen Lasten geben, die dem Reiche aus der Besetzung erwachsen.

— **Ueber die bisherigen Zahlungen an den vormaligen Kaiser** heißt es: Im Januar 1919 erhielt der mit nur wenigen Mitteln geflüchtete ehemalige Kaiser 400 000 bis 500 000 Mark; im August wurden ihm als nachgezahlte Schatullengelder 1,8 Millionen überwiesen. Zum Ankauf des Hauses Doorn erhielt er im September 1919 10 Millionen Mark und als Erlös aus dem Verkauf der Häuser Wilhelmstraße 72 und 73, die an das Reichs übergingen, 40 Millionen, abzüglich 2 Millionen Steuern. Insgesamt beläuft sich die Höhe der überwiesenen Summen also auf etwa 52,2 Millionen Mark.

— **Verkauf des deutschen Landbesitzes in Ostafrika.** Aus London wird gemeldet, daß dort Maßnahmen getroffen werden, um den gesamten deutschen Landbesitz im vormaligen Deutsch-Ostafrika, aus dem so gut wie alle deutschen Untertanen vertrieben worden sind, zu verkaufen.

— **Abbau der Paßverordnungen.** Wie verlautet beabsichtigt das Auswärtige Amt und das Reichsamt des Innern den Abbau der vom Publikum mit Recht als drückend empfundenen Paß- und Sichtvermerks-Verordnungen. Vor einiger Zeit bereits war in Paris über die Möglichkeit einer Aufhebung des Paßzwangs überhaupt verhandelt worden, man war jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Paßzwang im Augenblick noch nicht aufgehoben werden könnte, wohl aber die umständlichen Sichtvermerks-Verordnungen.

Polen.

— **Russisches Ultimatum.** Aus Riga wird gemeldet, daß die russische Delegation eine Auf-

orderung an die Polen richtete, die Friedensverhandlungen bis Sonnabend wieder aufzunehmen, andernfalls würde die russische Delegation abreisen und den Waffenstillstand aufkündigen. Nach einer „Times"-Meldung aus Warschau ist der polnische Generalstab in Erwartung der Wiederaufnahme der Kämpfe an die Front zurückgereist.

Großbritannien

— Um Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Im englischen Unterhause erwiderte Bonar Law auf die Frage, ob Barnes in Genf die Absicht der englischen Delegetion zum Ausdruck brachte, als er auf der allgemeinen Versammlung des Völkerbundes auf sofortige Aufnahme Deutschlands in den Bund drang, Barnes habe nur seine eigene Ansicht wiedergegeben; die einzelnen Abgeordneten müßten eine gewisse Redefreiheit haben, die entscheidende Stimme werde jedoch vom Ersten Delegierten nach Beratung mit seiner Regierung abgegeben werden, die sich darüber mit der französischen und anderen Regierungen schlüssig machen werde.

Leygues über die griechische Frage.

Eine Drohung an die Athener Adresse.

Im Ausschuß der französischen Kammer machte Ministerpräsident Leygues eine Reihe von Mitteilungen über die europäische Lage.

In der griechischen Frage erklärte der Ministerpräsident, daß nach der Niederlage Venizelos' nunmehr Persönlichkeiten zur Regierung gelangten, die der Entente feindselig gegenüberstehen und Konstantin wieder auf den Thron bringen wollen. Frankreich behält sich deshalb ausdrücklich die Freiheit des Handelns vor. Der Friedensvertrag mit der Türkei sei noch nicht ratifiziert und Griechenland dürfe sich nicht wundern, wenn sich die Haltung Frankreichs in bezug auf diesen Vertrag ändert. Damit gibt Leygues die Möglichkeit einer Revision des Vertrages von Sèvres zu. Frankreich würde zwar seinen Prinzipien gemäß sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Völker einmischen, aber es könne die Ermordung französischer Seeleute im Dezember 1916 nicht vergessen.

Trotzdem ist aber von Athen eine griechische Mission nach Luzern abgereist, um König Konstantin im Namen des griechischen Volkes um die Rückkehr auf den Thron zu bitten. Die Prinzen Christoforus und Andreas sind in Athen eingetroffen. Die Menge trug sie in voller Begeisterung auf den Schultern. In amtlichen Kreisen hegt man das starke Vertrauen, daß der britische Widerstand gegen die Einmischung über den Wunsch Frankreichs, Konstantins Rückkehr zu verhindern, den Sieg davontragen werde.

Einheimisches.

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am 26. November.

Vorsitz: Bürgermeister Prietzel. Anwesend: die Ratmänner und sämtliche Stadtverordneten.

1. Beschlußfassung über die von der Aufsichtsbehörde verlangte

Neufestsetzung von Beamtenbezügen und Abänderung der Besoldungsvorschrift

bezw. Besoldungsordnung hiesiger Stadt. Wie in der letzten Sitzung festgestellt wurde, hatte der Bezirksausschuß den vom Regierungspräsidenten gegen die Besoldungsordnung unserer Beamten erhobenen Einspruch wegen Fristversäumnis zurückgewiesen. Nach den Ausführungsbestimmungen hat aber der Regierungspräsident dauerndes Einspruchsrecht und daher gefordert, den Bürgermeister in die Gehaltsgruppe 9, den Büroassistenten in die Gruppe 5 einzureihen. Darin, daß bei den schon angestellten Beamten das Besoldungsdienstalter erst mit dem 25. Lebensjahre beginnen sollte, fand der Regierungspräsident eine Schädigung der wohlerworbenen Rechte unserer Beamten. Auf Antrag aus der Versammlung erfolgte die Aussprache über diesen Punkt der Tagesordnung in nicht öffentlicher Sitzung. Die Besoldungskommission hatte am Tage vorher die Angelegenheit eingehend beraten. In Erwägung des Umstandes, daß der Staat es für dringend notwendig hält, auch bei der Neuordnung der Beamtengehälter große Sparsamkeit walten zu lassen, und daß zweifelsohne auch für die Gemeinden äußerste Sparsamkeit ein Gebot der Stunde ist, wurde in der Kommission einstimmig beschlossen, in Berücksichtigung aller örtlichen Verhältnisse der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Vorschlag zu machen: Der Bürgermeister bleibt zur Zeit in der 8. Gehaltsgruppe. Es wird ihm aber eine zuschlags- und ruhegehaltsberechtigte Stellenzulage von 1000 Mark bewilligt. Der Büro-Assistent (die Stelle ist z. Zt. unbesetzt und wird vertreten) wird in die 5. Gruppe eingereiht. § 7 der städtischen Besoldungsordnung wird dahin abgeändert, daß allen bereits angestellten Beamten die ganze Dienstzeit angerechnet wird, während bei den noch anzustellenden Beamten das Besoldungsdienstalter nicht vor dem 25. Lebensjahre beginnt. Dieser Vorschlag der Kommission wurde von der Versammlung einstimmig angenommen und zum Beschluß erhoben.

2. Beschlußfassung darüber, daß die

Stadtverordneten-Versammlung auch dann beschlußfähig sein soll,

wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend ist. Dieser vom Magistrat gestellte Antrag stieß auf ernsten Widerstand bei der sozialdemokratischen Fraktion. Im Interesse eines friedlichen Zusammenarbeitens innerhalb der Stadtverordneten-Versammlung wurde der Antrag nach längerer Aussprache zurückgenommen.

3. Kenntnisnahmen und Anträge.

Ein Einspruch gegen den Bescheid des Bezirksausschusses wegen Einführung der Magistratsverfassung kann nicht mehr erhoben werden, weil die Frist verstrichen ist. Die nächste Versammlung wird daher über einen erneuten Antrag Beschluß zu fassen haben.

Stadtverordneter Opahle ist wegen Verlegung seines Wohnsitzes in den hiesigen Gutsbezirk aus der Versammlung ausgeschieden. Die sozialdemokratische Wählerliste kann einen Nachfolger nicht mehr stellen, weil sie erschöpft ist.

Von dem Stadtverordneten Hiller werden einige Mängel in der Erwerbslosenunterstützung zur Sprache gebracht, die vom Bürgermeister in aufklärender Weise beantwortet werden. Allgemein wird bedauert, daß viele jugendliche Erwerbslose sich nicht bereit finden, zugewiesene Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben anzunehmen. In solchen Fällen muß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Unterstützung versagt werden. — Berichte der Wohnungs- und Gaswerks-Kommission nimmt die Versammlung zur Kenntnis.

Dauer der Sitzung von $5^1/_2$ bis $7^1/_2$ Uhr.

Brotmarken

4 Pfund pro Person werden auf Lebensmittelmarke Nr. 28 ausgegeben Diejenigen Personen, welche nicht unbedingt das Brot brauchen, werden gebeten, im Interesse der Allgemeinheit darauf zu verzichten.

Hundsfeld, den 27. November 1920.

Der Magistrat.

— **Ueber die Fahrt zur Abstimmung in Oberschlesien** wird noch mitgeteilt: Die Stimmberechtigten, die außerhalb des Abstimmungsgebietes in anderen Teilen des Reiches wohnen, werden zwölf Tage zur Abstimmung gebrauchen. Die Mitnahme von Waffen ist streng untersagt. Reisebegleiter für alte, kranke und kriegsbeschädigte Stimmberechtigte werden aus den Reihen der Abstimmungsberechtigen beschafft. Kinder können auf diese Reise nicht mitgenommen werden. Gegen Unfall sind die Stimmberechtigten bis 10 000 Mark versichert, gegen Verlust des Reisegepäcks bis 1000 Mark. Ueber die freie Reise, Verpflegung und Unterkunft hinaus werden im Bedarfsfalle auch Reiseunterstützungen gezahlt; Anträge müssen vor Antritt der Reise gestellt und bewilligt sein. Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst erhalten Sonderurlaub

Stürmische Wogen.

Kriminal-Roman von Karl von Riegerstein.

30] (Nachdruck verboten.)

An seine Unschuld glaubte niemand. Selbst sein Anwalt nicht. Von Hans Heide und seiner Braut, die an ihn geglaubt oder doch vorgegeben hatten, ihm zu glauben, hörte er nichts.

Sein Kind war verschollen.

Was sollte er da noch? Das Ende, das Ende, nur das war es, was er suchte. Sollte er, um die Sache zu beschleunigen, bekennen? — Was?

Was er nicht begangen hatte?

Nein, nimmermehr. Aber der Gedanke faßte immer mehr Wurzel in ihm, und wer weiß, vielleicht hätte er ihn auch ausgeführt, um nur über den qualvollen Zustand der Ungewißheit hinwegzukommen Da aber kam etwas anderes dazwischen. Sein Anwalt steckte ihm bei einer Besprechung ein winziges Papierröllchen zu, das er bequem in der Handfläche oder zwischen den Fingern verbergen konnte.

„Nehmen Sie, es wird Ihnen Trost bringen."

Und als er in der Zelle das Röllchen auseinanderfaltete, da schrie er vor Entzücken fast auf, denn — es war ein Bild, ein ganz kleines, winziges Bild seines Kindes!

„Mein Fritz, mein Fritz!" stammelte er im Uebermaß seines Glückes und küßte und küßte immer wieder das Bild das ihm den ersten Frohgruß in die Zelle darbrachte.

„Mein Fritz!" und er wurde nicht satt, auf das Bild zu sehen.

Da unten, am Rande war noch etwas eingekritzelt. Mühsam entzifferte er's. „Gruß . . . von . . . Käthe . . . Field . . ."

Also doch! Also hatte sie ihn doch nicht verlassen. Also stand sie treu noch ihm bei, und es war nicht war, was man ihm zugetragen hatte, daß Hans Heide zum Judas an ihm geworden war, und daß er es gewesen, der ihn damals. als er seinem Kinde so nah war, als er es wiedergefunden hatte, hatte verhaften lassen.

So konnte man also wirklich noch an die Hilfe der Menschen glauben, wenn man an der Hilfe Gottes verzweifelt.

Oder war es nicht ein Fingerzeig des Himmels, der ihm das Zeichen da brachte.

Stundenlang saß er da in seiner Zelle und betrachtete nichts als das Bild, von dem eine neue Zuversicht auszuströmen schien, ein Friede, wie der unglückliche Mann ihn lange nicht gekannt.

Und von jenem Tage kamen der Hoffnung belebende Zeichen immer mehr.

Einmal war es ein Zettelchen: „Fassen Sie Mut. Wir haben Beweise Ihrer Unschuld." Ein andermal ein Stückchen Papier, auf das eine geführte Kinderhand die Worte gekritzelt hatte: „Nicht weinen, Papa. Dein Fritz", Worte, bei denen die Tränen und das Schluchzen den einst so starken Mann übermannten. Dann wieder die Botschaft: „Wir können den Mörder fassen, wann wir wollen. Warten Sie die Verhandlung ab."

Und auch das Wesen des Anwalts änderte sich Auch er sprach von geheimnisvollen Dingen, die sich zutrugen und die darauf hinwiesen, daß bei der Verhandlung sich Dinge ereignen werden, die eine Wendung im Schicksal des Angeklagten hervorrufen müßten.

Warum erst bei der Verhandlung, daß wußte er nicht. Wie er überhaupt nicht wußte, um was es sich handle.

Es waren nur unklare Anspieglungen ihm gegenüber.

Nur einmal kam Heide, drückte ihm die Hand und sagte: „Ich weiß, wer der Mörder ist. Ich habe alle Beweise in den Händen. Aber wir müssen warten. Er muß dann zermalmt werden, wenn er sich am sichersten glaubt."

So sagte er, Heide.

Und Walter — glaubte ihm wieder alles. Und er sah der Verhandlung, die endlich für den 18. anberaumt war, mit einer Ruhe entgegen, die er früher nicht für möglich gehalten. Nein, mehr als mit Ruhe. Mit fester Zuversicht.

Jeder Tag brachte ihm jetzt neue Botschaft von Fritz, und mit jeder Botschaft wuchs sein neuer Lebensmut.

In der Oeffentlichkeit indessen wurde der Fall wieder lebhafter diskutiert, je näher der Termin der Verhandlung heranrückte, und hier galt allerdings die Verurteilung für sicher. Nicht wegen Mordes, aber wegen Totschlags gewiß. Nur Karl wurde schon ganz ausgeschaltet. Das war der brave Kerl, der seinem Herrn das Kind retten wollte und dafür seine Haut jetzt zu Markte trug.

In jedem Falle aber versprach der Prozeß sehr interessant zu werden, und man riß sich schon Tage vorher um die Eintrittskarten, als gälte es die Premiere in einem Theater.

Auch Ramingen hatte seiner Braut eine Karte verschaffen müssen.

„Ich würde es dir nie verzeihen, wenn du es nicht tätest", sagte sie. „Im übrigen scheint dich der Prozeß sehr aufzuregen. Du siehst wieder ganz blaß aus, abgespannt."

Seine Stimmung wurde übrigens von Tag zu Tag düsterer. Es war wirklich, als laste etwas auf ihm. Ein schwerer, dumpfer, drückender Alp.

Trotzdem lächelte er, wenn sie ihn fragte.

„Es ist so schwer, in seiner Vergangenheit wühlen zu sehen. In der Vergangenheit, die nicht bloß die eigene war und in der das Glück einer Frau mitspielt. Einer Gestorbenen. Sage selbst, ist es nicht wie Gräberschändung, das alles vor der frivolen, niedrig denkenden, nur auf die Sensation gehenden Welt aufdecken zu müssen.

„Das ist es", sagte sie.

„Nun denn, und das ist es allein, was mich schwermütig macht."

Es war's aber nicht. Es war ganz etwas anderes.

(Fortsetzung folgt.)

unter Fortzahlung der Gehälter; ebenso wird die Erwerbslosenunterstützung weitergezahlt. Für Angestellte und Arbeite im Privatdienst wird das gleiche angestrebt. Die großen Arbeitgeberverbände haben sich hierzu fast ausnahmslos schon bereiterklärt.

— **Neueinlgung eines Personenzuges.** Seit Montag, den 21. d. Mts. fährt werktags ein Personenzug 3. und 4. Klasse ab Breslau Odertor 1,25, ab Schottwitz 1,33, Hundsfeld an 1,39. Wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, fährt der Zug einstweilen probeweise und fällt bei ungenügender Besetzung wieder fort.

— **Keine Militärpapiere mehr.** Obwohl das eine Ära der Vergangenheit angehört, hat bisher der Militärpaß als Ausweis noch seine frühere Bedeutung behauptet. Es wird noch von zahlreichen Arbeitgebern verlangt als Nachweis vorwurfsfreien Verhaltens in der Kriegszeit. Daneben wird er noch von zahlreichen Personen erbeten, die bestätigt sehen wollen, welche Schlachten und Gefechte sie mitgemacht haben, zu welchen Truppenteilen sie gehörten, und welche Anerkennung sie gefunden hat. Eine der umfangreichsten Arbeiten der bisherigen Abwicklungsstellen hat darin bestanden, 7 Millionen Militärpässe auf Verlangen auszufertigen. 4 Millionen liegen noch als unanbringlich bei den Abwicklungsstellen. Da nun auf Drängen der Entente die Korpsabwicklungsämter mit dem Ende des Jahres vorzeitig schließen müssen, hat schon jetzt das Ausstellen der Militärpässe beendet werden müssen, die noch unerledigten Gesuche können nicht mehr beantwortet werden, irgendein Bescheid wird nicht mehr erteilt. Um wenigstens die Nachteile für Bewerber von Beamtenstellen und Angestelltenposten zu beseitigen, hat das Reichsministerium einen Kabinettsbeschluß gefaßt, nach dem die Reichsbehörden in Zukunft die Vorlage des Militärpasses nicht mehr verlangen sollen. Der Reichsminister der Finanzen, soll auf die Staats- und Gemeindebehörden im gleichen Sinne einwirken.

— **Das Abrufen der Züge.** Da sich in letzter Zeit wieder die Klagen der Reisenden vermehrt haben, daß in den Wartesälen der Fernbahnhöfe die Züge nicht in der vorgeschriebenen Weise von den hierzu bestellten Beamten abgerufen werden, hat die Zweigstelle Preußen-Hessen des Reichsverkehrsministeriums ihre Direktionen angewiesen, ihre Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße dem Abruf der Züge auf den Fernbahnhöfen zuzuwenden. Die Eisenbahndirektionen sollen den Abruf der Züge überwachen, undeutlich sprechende Beamte aus dem Dienst herausziehen und so dazu beitragen, daß eine ausreichende Unterrichtung der Reisenden in den Wartesälen sichergestellt ist.

— **Das Porto für Ansichtskarten.** Im Wirtschaftspolitischen Ausschusse des Reichwirtschaftsrates knüpfte sich eine lebhafte Aussprache an die Frage der Portoermäßigung für Ansichtskarten. Während der anwesende Regierungsvertreter immer wieder auf die Unterbilanz der Post hinwies, machten die Sachverständigen geltend, daß von der Ansichtskartenherstellung und dem Betrieb in Deutschland etwa 100 000 Menschen lebten. Seit der Portoerhöhung sind zahlreiche Stillegungen erfolgt; allein in Berlin seien 7000 Arbeiter dieser Branche arbeitslos. Auch die Papierfabriken würden bei dem Aussterben dieser Industrie stark betroffen. Den Ausführungen der Sachverständigen schloß sich auch der Vertreter der sächsischen Regierung an. Schon jetzt gäbe es in Leipzig, dem Hauptsitz der Ansichtspostkartenherstellung, viele Arbeitslose, die dem Staate mehr kosten, als das Porto einbringe. Der Ausschuß beschloß, dem Reichspostministerium vorzuschlagen, daß die Ansichtskarten in ähnlicher Weise wie die Glückwunschkarten zu Feiertagen als Drucksache gelten und zu dem entsprechenden Porto befördert werden sollten.

Hauswirtschaftliches.

— **Ein sehr gutes altes Hausmittel gegen Frostbeulen** ist eine geriebene Zwiebel. Man reibt auf ein Läppchen eine Zwiebel und bindet es während der Nacht um das mit einer Frostbeule behaftete Glied. Am Morgen erneuert man den Verband, am Abend noch einmal. Der Schmerz hört gleich beim ersten Auflegen der Zwiebel auf, und schon am dritten Tage beginnt die Heilung. Ein anderes gutes Mittel ist Chlorkalk. Man löst ein nußgroßes Stückchen davon in wenig Wasser auf Nachdem man den Chlor mit einem Liter Wasser verdünnt hat, wird die Flüssigkeit durch ein ganz dichtes Sieb oder besser durch ein Stückchen Mull sehr vorsichtig abgegossen, sodaß kein Körnchen von Chlorkalk darinn ist. Die Flussigkeit stelle man so auf, daß sie immer stuben-, also lauwarm ist, und taucht die mit Frost behafteten Hände und Füße einige Male während des Tages hinein. Man wird bald finden, daß nicht nur alle Frostbeulen, sondern auch die großen, offenen Wunden in kurzem (einigen Tagen) zuheilen und verschwinden. Will man das Mittel auch am Gesicht anwenden, so legt man zarte gut mit der Flussigkeit durchtränkte Leinenläppchen auf die erfrorenen Stellen auf muß aber die Augen gut schützen.

Provinzielles.

Breslau. (Das Urteil im Konsulatssturmerprozeß.) Nach 12tägiger Verhandlung ist das Urteil in dem Konsulatssturmerprozeß nach $5^1/_2$ stündiger Beratung der Geschworenen und $1^1/_2$stündiger Beratung des Gerichtshofes gefällt worden. Von den 21 Angeklagten wurden Görlich, Rietig, Labetzky, Schwarz und Saak freigesprochen. Wegen Landfriedensbruch und Plünderung wurden die Angeklagten Fischer zu 1 Jahr Gefängnis, Kleber zu 9 Monaten, Schober zu 8 Monaten, Zote zu 7 Monaten, Woschke zu 6 Monaten und die Angeklagten Wünsch, Jonas, Mixa, Kindervater und Morawe zu 5 Monaten, die Angeklagten Jawurek, Schwanauer und Weißer zu 3 Monaten und Aberle zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Gegen einen Angeklagten wurde das Urteil ausgeschieden, gegen einen anderen niedergeschlagen.

Oppeln. (Verschärfung im Paßwesen.) Die feindliche Kommission hat eine Verschärfung der Strafen für Zuwiderhandlungen im Paßwesen angeordnet. Danach werden Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Paßordnung entweder mit 1 Monat bis 1 Jahr Gefängnis oder mit 300 bis 1500 Mark Geldstrafe bestraft.

Ratibor. (General-Streik...) Hier ist der Generalstreik erklärt worden. Die technische Nothilfe ist in Tätigkeit, sodaß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt keine Unterbrechung erleidet. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die gestern zu keinem Ergebnis geführt hatten, werden heute fortgesetzt.

Schweidnitz. (Herabsetzung der Fleischpreise.) Landwirte, Fleischer nnd Verbraucher haben hier Verhandlungen unter Landrat v. Salisch gepflogen, an denen sich auch Vertreter der Städte Schweidnitz und Freiburg beteiligten. Sie nahmen oft erhebliche Schärfen an, besonders als die Feststellung betont wurde, daß sich trotz aller getroffenen Maßnahmen und Vereinbarungen von Höchstpreisen die Landwirte an solche Abmachungen nicht kehren und abwarten, welche Preise ihnen der Fleischer oder Händler bietet, um, wenn ihnen der Preis noch nicht hoch genug ist, das Vieh noch teurer nach auswärts zu verkaufen. Das soll nun unterbunden, der Geschäftsverkehr überwacht und jeder Fall von Preiswucher oder Höchstpreisüberschreitung dem Wuchergericht zur Verfolgung überwiesen werden. Festgelegt wurde, daß der Preis für Schweinefleisch, der zurzeit 16 Mark beträgt, auf 14,50 Mark herabgesetzt wird, der für Kalbfleisch 11—12 Mark auf 10—11 Mark, für Rindfleisch auf 9,50 Mark bis 11,50 Mark. Im Stückhandel wurde der Preis für erstklassige Rinder auf 500—550 Mark, für Rinder 2. Klasse auf 350—500 Mark, für Kälber auf 400 bis 550 Mark, für Schweine 800—900 Mark, für über $2^1/_2$ Zentner schwere Tiere auf 1000 Mark festgesetzt. Weiter soll von Zeit zu Zeit geprüft werden, ob ein weiterer Abbau der Vieh- und Fleischpreise möglich ist.

Striegau. (Ein schrecklicher Vorfall) hat sich in dem Hause Schweidnitzer Straße 7 abgespielt. Dort wohnte im ersten Stock die 74jährige Witwe des in Tauer verstorbenen jüdischen Kantors Feibel mit ihrer 47jährigen Tochter Franziska zusammen. Als verschiedene Personen am Sonntag und Montag vergeblich Einlaß in die Feibelsche Wohnung gefordert hatten, wurde der Hauswirt und die Polizei verständigt, die nun die Wohnung öffnen ließen. Sie wurde mit Gas gefüllt vorgefunden. In dem Schlafzimmer fand man die Franziska im Bett und die Mutter vor dem Bett zusammengesunken tot vor. In dem anstoßenden Zimmer stand an der Lampe der Gashahn offen, und in der dahinter liegenden Küche war der Gummischlauch zum Gasherd von der geöffneten Gasleitung abgezogen worden. Es lag also die Absicht vor, freiwillig aus dem Leben zu scheiden Der Grund dafür dürfte in der augenblicklichen drückenden, wirtschaftlichen Lage zu suchen sein.

Neues aus aller Welt.

* **Fünf Millionen für die Leipziger Messe.** Der Rat der Stadt Leipzig bewilligte dem Messeamt für die Leipziger Mustermesse ein vom 1. April 1922 ab in Jahresraten von je 500 000 Mark rückzahlbares Darlehen von 5 Millionen Mark zur Beschaffung neuer Ausstellungsräume für die Technische Messe.

* **Millionenunterschlagungen.** In Paderborn verübte der langjährige Buchhalter der Firma Steinberg und Grünebaum Unterschlagungen im Betrage von 9 Millionen Mark. Seine Ehefrau vergiftete sich und ihren 13jährigen Sohn durch Gas.

* **Unter schwerem Verdacht verhaftet.** Der Privatgelehrte Oskar Buß aus Saaleck ist verhaftet worden unter der Beschuldigung, seine Frau im April dieses Jahres von einem hohem Felsen aus in die Saale gestürzt zu haben. Fremde wollen das Verbrechen von fern beobachtet haben.

* **Die Vernehmung des Hochstaplers Kornfeld.** Der Hochstapler Rudolf Kornfeld, der sich in Berlin und Görlitz als Graf Sternfeld ausgab und behauptete, ein Sohn der ermordeten Kaiserin Elisabeth zu sein, wurde in Wien neuerlich verhört und gab seine Identität mit dem Betrüger Rudolf Kornfeld zu, blieb aber bei seinen Behauptungen, daß er mit einem Konsortorium viele Einkäufe gemacht habe und daß diesem Konsortorium 63 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Von dem Gelde sei ein Teilbetrag von etwa 20 Millionen Mark sein Eigentum.

* **Krankenkassentagung.** Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, dem 14 000 Ortskrankenkassen mit acht Millionen Mitgliedern angeschlossen sind, und der die bedeutendste Organisation der Sozialversicherungsträger darstellt, hält seine diesjährige Tagung am 29. und 30. November in Kassel ab. Arztfrage und Neuorganisation der Kranken- und Arbeitslosenversicherung stehen zur Beratung.

* **Der Bund der kinderreichen Familien.** Fast zur gleichen Zeit haben sich in Berlin, Hamburg, Altona, München, Köln, Frankfurt a. M. und einigen anderen Großstädten Vereinigungen kinderreicher Familien gebildet, die sich nunmehr zu einem Bund der kinderreichen Familien Deutschlands zusammengefunden haben, um die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Verhältnisse aller kinderreichen Familien wirksam fördern zu können.

Vermischtes.

Der Wind als Kohlensparer. Die besonders für diesen Winter mehr denn je drohende Kohlenknappheit legt es nahe, wenigstens für die Industrie andere Kraftquellen ausfindig zu machen. Als verhältnismäßig billige, dabei aber gleichwohl sehr leistungsfähige Kraftquelle sollte vor allem die Windkraft in Betracht kommen, und zwei Ingenieuren ist erst kürzlich eine Erfindung gelungen, die den Wind in den Dienst der elektrischen Krafterzeugung stellt. Die Ausnutzung des Windes als Kraftvermittler ist freilich keine neue Erfindung, aber gerade in Deutschland ist sie in der neueren Zeit nahezu ganz vernachlässigt worden, ja sogar derart, daß man noch vor kurzem Windmühlen abbrach und Mühlen mit Motorbetrieb einrichtete, wiewohl alle zum Antrieb der Motoren nötigen Materialien sich so sehr verteuert haben, der Wind dagegen in reicher Fülle zur Verfügung steht. Zudem kann man die Windkraft allen möglichen Zwecken dienstbar machen. Windmühlen können sowohl zum Mahlen wie auch zum Schälen für Getreide und Küchenfrüchte verwendet werden, ebenso auch zum Sägen und Oelpressen. Ferner kann man mit Hilfe von Windmühlen überschwemmte Felder und Wiesen trockenlegen. Sehr gut bewährt haben sich die Windmühlen in neuester Zeit auch als Antriebskraft für landwirtschaftliche Maschinen — z. B. Dresch- und Buttermaschinen — wie überhaupt zur Erzeugung elektrischer Energie der verschiedensten Art selbst zur Lichterzeugung. Es könnte also durch die Aufstellung von neuzeitlich eingerichteten Windmühlen zweifellos eine außerordentlich große Kohlenersparnis erzielt werden.

Kirchliche Nachrichten
der evangelischen Gemeinde Hundsfeld.

Sonntag, den 28. November 1920 (1. Advent.)

½10 Uhr: Gottesdienst Pastor prim. Raebiger.

Kindergottesdienst und Abendmahlsfeier fallen wegen Sitzung der kirchlichen Körperschaften aus.

5 Uhr: Bibelstunde in Pawelwitz Pastor Hoehne.

Kollekte zum Besten der evangelischen Kinderpflege.

Zement freigegeben!

Sichern Sie sich sofort eine

AMBI-Dachziegel-Maschine

für Handbetrieb

(D. R. P. und Weltpatente)

Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand usw.) auch unmittelbar an der Baustelle im leichtesten Handbetrieb.

Große Ersparnisse. Beste Kapitalsanlage. da Bedarf an Dachziegeln unbegrenzt,

Verlangen Sie Druckschriften D

AMBI-Werke Abt. II/Q 17

Berlin-Johannisthal.

Für die uns anläßlich unserer Vermählungsfeier erwiesenen Ehrungen sagen wir allen hiermit unsern

herzlichsten Dank!

Hundsfeld, im November 1920.

Paul Abend und Frau
Margarete geb. Thomas

Für den Weihnachtstisch

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in

prakt. Geschenk- u. Luxus-Artikeln

emaillierte, gußeiserne und Aluminium-
Kochgeschirre

Kaffee-, Pfeffer-, Fleisch- u. Kartoffelmühlen, Tafel- und Wirtschaftswagen, Brotschneidemaschinen, Solinger Stahlwaren, Glas-, Porzellan- und Nickelwaren

Spielwaren aller Art

Laubsäge und Werkzeugkästen,
: Schlittschuhe, Kinderschlitten :

Christbaumschmuck, Christbaumständer.

Carl Jaroß, Hundsfeld

Tel. 21. Eisenhandlung. Tel. 21.

Möbel

Modern! Gediegen! Preiswert!

Große Auswahl in einzeln. Stücken, sowie ganze : Wohnungs-Ausstattungen : bei langjähriger Garantie.

Kulante Zahlungsbedingungen!

Otto Bordag Breslau, Matthiasstr. 116 vis-à-vis d. Kreuzburgerstr.

Groß-Weigelsdorf.

Sonntag, den 28. November

Großes Tanz-Kränzchen

wozu freundlichst einladet

Gastwirt C. Ansorge.

Görlitz. Gasthof „Zum Flugplatz."

Heut Sonnabend, den 20. November 1920

Großes Tanzvergnügen

wozu freundlichst einladet Paul Kleinert.

Sibyllenort.

Saal- und Garten-Etabl. „Zur Erholung."

Sonntag, den 28. November d. Js.

Gr. Tanzkränzchen

Anfang 3 Uhr.

Es ladet freundlichst ein Paul Müller.

Kath. Volks-Verein Hundsfeld.

Sonnabend, den 27. Novbr. abends 7 Uhr

Versammlung

bei Menzel.

Vortrag, Theater u. Tanz

Der Vorstand.

Achtung!

Kammerjäger A. Grelus aus Breslau

trifft hier wieder in Hundsfeld ein und **vertilgt allerlei Ungeziefer unter Garantie** wie Ratten, Mäuse, Schwaben usw. Meine Präparate sind Geheimnisse, werden von vielen nachgeahmt, aber von keinem erreicht. Schriftliche Beglaubigungen und Gutschriften stehen zur Verfügung. Bestellungen nimmt entgegen die Geschst. d. Ztg. unter Kammerjäger.

Für meinen Haushalt suche ich zur Unterstützung meines Dienstmädchens alsbald

14 bis 16jähriges

Mädchen.

Frau Baumeister Mager,
Hundsfeld.

Dienstmädchen

15—20 Jahr alt, ehrlich und gewissenhaft, zum 1. Januar 1921 gesucht.

Korte, Breslau,
Herrenstraße 7.

Schränke, Vertikows, Bettstellen m. Matratzen Eleg. Plüschsofas, Stoffsofas, Chaiselongues, Spiegel m. Schränkchen Ausziehtisch, komplette Kücheneinrichtung, Eichene Schlafzimmer verkauft sehr preiswert

Richard Glump
Möbel-Fabrik
Hundsfeld, Görlitzerstraße 14.

Eine tragende

Ziege

zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einen gut erhaltenen

Kutschwagen

verkauft preiswert
die Gutsverwaltung
Groß-Weigelsdorf
Kreis Oels

Terri-Hündin,

gedeckt, guter Rattenfänger, verkauft

Schneider, Sacrau,
Weigelsdorferstraße 1.

Herren-Winterpaletot

preiswert zu verkaufen.

Schlott, Hundsfeld,
Oelserstraße 10.

Kachel-Heizofen,

transportabel, zu verkaufen.
„Teichhaus"
am Bahnhof Sibyllenort.

Ein mittleres

Pferd

steht preiswert zum Verkauf in

Glockschütz Nr. 5

Gebrauchter, noch gut erhaltener

Anzug u. ein Ulster

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Rohr und Schilf

verpachtet

Ziegelmeister Gaffling,
Cawallen.

Zu Weissnäh-Arbeiten

sowie einfacher Schneiderei empfiehlt sich

Frau M. Zöllner,
Hundsfeld,
Sacrauerstraße Nr. 1.

Verkaufe:

feldgr. Bluse, Joppe, 1 Paar Stiefel
(alles neu) und
1 Grammophon m. Platten gebraucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ausgekämmte : Haare :

auf jed. Posten; auch werden sämtl. künstl. Haararbeiten angefertigt wie: Zöpfe, Teile, Unterlagen, sowie Haarketten, Broschen und Ringe zu Gelegenheitsgeschenken und Andenken.

Paul Malwald
Hundsfeld, Friseurgeschäft

Alle Frauen

werden sorgenlos durch Anwendung unser. Spezialmittels bei Stockungen. Unsere Präparate haben sich in hartnäckigen Fällen als zuverlässig erwiesen. Wirkung in 1—3 Tagen. Trotz Zuverlässigkeit unschädl. Garantie. Diskr. Versand.

Hygiea-Vertrieb
Hamburg 8, Ausgabe H 17.

Künstl. Zähne

in Gold und Kautschuk
Plomben, Nervtöten
Zähnereinigen, Zahnziehen auch schmerzlos.
Sprechstunden:
Wochentags 8—12, 2—7 Uhr.
Sonn- u. Feiertags 9—12 Uhr.

Walter Dreger
Hundsfeld, Oelserstr. 8, ptr

Paketadressen

in Blocks (10 Stck) à 30 Pf.
Hundsfelder Stadtblatt

Bruchkranke

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Breslau, Hotel Germania am Hauptbahnhof am 27. November v. 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf
Spezialarzt für Bruchleiden.

Frauen

wenn Ihnen die monatl. **Regel** steckt od. ganz ausbleibt, seien Sie ohne Sorge Ich befreie Sie u. rette Ihre Gesundheit. Sie brauchen nicht zu verzagen.

Hilfe u. neuen Lebensmut bringt Ihnen einzig u. allein nur meine Spezialität, welche den

Sieg über alle anderen Mittel davontragen.

Keine Schwindelmittel,

wofür garantiert wird. Viele dankbare Frauen, welche schon alles vergeblich versucht hatten, schreiben überrasch. Wirkung in

2 Stunden oder am nächsten Tage auch in hartnäckigen, verzweifelten bereits hoffnungslosen Fällen.

Unschädlich **Reelle Garantie** für jed. Fall. Ohne weitere Unkosten. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. - Diskr. Versand.

Fr. Steeger, Hamburg 6
Altonaerstraße 20 a.

Ich übertreibe nicht, **hunderte** freiwillige Danksagungen beweisen d. Erfolgst. d.

Im Vertrauen

auf d. gute Wirkung nehm. Frauen bei **Regelstörung** und Blutstockungen nur meine, a. in verzweifelten Fällen erpr. Mittel. Völlig unschädl., Garantie i. jed. Fall, andernf. Geld zurück Wirkung überraschend; ohne Berufsstörung. Vers. diskr. Wenn alles vergebl., fassen sie noch einmal Mut und schreiben sie sofort an

Kählers Hygien. Versand
Abt. Z 1, Altona/Elbe.

Papier-Servietten

empfiehlt
Hundsfelder Stadtblatt.

Apollo-Lichtspiele

Hundsfeld
Wasner's Festsäle.

Spielplan

für Sonnabend u. Sonntag, den 27. und 28. November

nur für Erwachsene

Beginn 6 und 8 Uhr:

Die Idee des Dr. Pax
oder
Die Menschenfalle
Detektiv-Schauspiel in 4 Akten.

Bluthunde der Prärie
Indianerdrama i. 3 Akten
dazu einen Lachschlager.

Sonntag 4 Uhr

Gr. Kinder-Vorstellung.

Eintrittspr. f. Kinder 1 Mk.

Der Saal ist geheizt.

Die Lichtspiel-Leitung.

An meine Patienten!

Da die Fahrraddiebstähle immer mehr zunehmen, bitte ich alle meine Patienten, welche per Rad kommen, dasselbe mit : : : ins Wartezimmer zu bringen. : : :

Hochachtungsvoll

Walter Dreger
Dentist
Hundsfeld, Oelserstraße Nr. 8.

Lohngerbung!

Auch Umtausch.

Rindleder, Kalbfelle, Ziegenfelle

werden ausgearbeitet zu

Rindbox, Boxkalf, Chevreaux Sohlleder, Fahlleder, Schwarzleder und Geschirrleder

bei

Gebrüder Klose, Gerberei,
Löwen i. Schl.

Druck und Verlag von G. Kopjewski, Hundsfeld. Verantwortlicher Redakteur G. Kopjewski, Hundsfeld.